

US-Rezession scheint vorüber

Einigkeit unter Ökonomen

wm. Washington · In einer der periodischen Umfragen der National Association for Business Economics (Nabe) bei gut 40 Ökonomen haben diese mit grosser Mehrheit die Rezession für beendet erklärt. Während 81,4% diese Auffassung vertraten, waren nur 9,3% der gegenteiligen Meinung; der Rest war sich nicht sicher.

Anhaltende Konsumschwäche

Die Durchschnittswerte in der Nabe-Umfrage, die im September durchgeführt wurde, bestätigen den derzeitigen allgemeinen Konsens über die weitere Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft. Danach wird für das soeben zu Ende gegangene dritte Quartal mit einem relativ starken Wachstum (3,4%) gerechnet, mit danach wieder etwas nachlassender Expansion. Für Letzteres wird primär die weiterhin geringe Dynamik beim Privatkonsum verantwortlich gemacht, bei dem man im kommenden Jahr lediglich einen Zuwachs um 1,6% erwartet. Dementsprechend wird die Arbeitslosigkeit hoch bleiben; im Jahresdurchschnitt wird für 2010 mit einer Arbeitslosenquote von 9,8% gerechnet.

Die Angaben zu den jeweils fünf höchsten und fünf tiefsten Schätzungen zeigen jedoch, dass die Ansichten über die weitere Entwicklung der US-Wirtschaft keineswegs homogen sind. Das Wirtschaftswachstum 2010 (gemessen von viertem Quartal zu viertem Quartal) sehen die Pessimisten bei lediglich 1,1%, die Optimisten bei 4,4%. Bei den Konsumentenpreisen prognostizieren die einen einen Anstieg von nur 0,8%, die anderen aber einen solchen von 3,3%. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit könnte gemäss den Zuversichtlichen auf 8,3% sinken, die Schwarzmaler fürchten jedoch einen Anstieg auf 10,3%. Und die Schätzungen des Dollarkurses gegenüber dem Euro im Dezember 2010 schwanken zwischen \$ 1.27 und \$ 1.59.

Steigende Arbeitslosigkeit

Mehr Einigkeit herrscht dagegen wieder in den Antworten auf die Frage, welches die grössten Probleme für die amerikanische Wirtschaft seien. An erster Stelle wurden dabei das hohe Haushaltsdefizit und die grosse Arbeitslosigkeit erwähnt. Weitere Sorgenherde wurden im zunehmenden Protektionismus geortet, in der schwachen Konsumnachfrage sowie den steigenden Lebensmittel- und Energiepreisen. Im Übrigen waren gut die Hälfte der Befragten der Meinung, dass der Finanzsektor erst im zweiten Semester 2010 (29%) oder noch später (ebenfalls 29%) wieder zu einem Normalzustand zurückfinden werde, so dass er das Wirtschaftswachstum nicht weiter behindere. 21% glauben, dass dies bereits im laufenden Semester der Fall sein wird.

Freihandel wider Schwarzarbeit

Gemeinsame Studie von WTO und ILO

Das Schleifen der Handels-schranken und die Stärkung des Schutzes der Arbeiterschaft sind miteinander zu vereinbaren, wie WTO und ILO erklären. Doch sind stützende Massnahmen zur Eingliederung des informellen Sektors nötig.

vk. Genf · Die Welthandelsorganisation (WTO) und die Weltarbeitsorganisation (ILO) haben am Montag in Genf eine gemeinsame Studie über die Folgen der Globalisierung für den informellen Wirtschaftssektor und dessen Arbeiterschaft vorgelegt. Darin zeigen sie, dass eine grosse Schattenwirtschaft den Nutzen der Marktöffnung für die betreffenden Staaten verringert, weil sie letztlich die Anpassung der Unternehmen und der Arbeiterschaft an die neue Situation, das heisst das Erringen spezifischer Nischenvorteile in einer globalen Konkurrenz, verhindert.

Die Untersuchung belegt die alte These, dass die Globalisierung die Aussicht auf rascheres Wachstum, höhere

Einkommen und eine bessere Beschäftigungslage bietet. Aber sie zeigt auch, dass ohne eine entsprechende staatliche Arbeitsmarktpolitik die Qualität der Anstellungsverhältnisse sich nicht automatisch verbessert; insbesondere muss die Regularisierung von Arbeitsplätzen und Unternehmen aus dem informellen Sektor durch Förderungsmassnahmen herbeigeführt werden. Mit diesen Hinweisen wollen WTO und ILO ein bisher wenig erforschtes Gebiet ausleuchten, nämlich die Übergangsprozesse nach der Marktöffnung und die Neuausrichtung der Produktion auf den Export.

Die Betrachtung richtet sich insbesondere an die Entwicklungsländer, von denen viele einen erdrückend grossen informellen Sektor aufweisen. Nach der Studie erfassen die nichtregistrierten und mithin nicht gesetzlich geregelten Privatunternehmen in den Entwicklungsländern knapp 60% der Beschäftigten, während es in den entwickelten Regionen lediglich 9,5% sind. Herausragende Beispiele sind Indien mit 93,2% der Arbeiterschaft in der Schattenwirtschaft (bei einem asiatischen Mittel von 78,2%) und Sambia mit 80,6% (afrikani-

scher Durchschnitt 55,7%). In Lateinamerika sind es im Mittel 52,2%. Die Studie lehrt auch, dass in vielen Entwicklungsländern die Schattenwirtschaft das Auffangbecken für die Opfer einer misslungenen Umstrukturierung nach der Marktöffnung darstellt. Und erfahrungsgemäss bleiben die Arbeiter in ihrer Grauzone hängen, weil der informelle Sektor im Kontrast zu regulären Betrieben keinerlei Gelegenheit zur Umschulung oder Weiterbildung bietet, von anderen Arten der sozialen Fürsorge ganz zu schweigen.

Die WTO/ILO-Studie deutet auch darauf hin, dass die Schattenwirtschaft einen Klumpfuss für die Globalisierung darstellt, weil die Firmen zwar eine hohe Flexibilität zeigen, aber nur in einem sehr beschränkten Produktionsbereich. Die «grauen» Firmen sind im Allgemeinen eher klein und beschäftigen eine wenig qualifizierte Belegschaft. Ihnen fehlt oft die Bereitschaft zum unternehmerischen Risiko, und sie haben keinen Zugang zu Investitionskapital. Im Kontrast dazu zeigt sich, dass offene Marktwirtschaften einen kleinen informellen Sektor haben.

Ende der Krise in Singapur

Biomedizin und Industrie treiben

(sda) · Der schwer von der globalen Wirtschaftskrise getroffene asiatische Stadtstaat Singapur ist im dritten Quartal 2009 aus der schlimmsten Rezession seiner Geschichte herausgekommen.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg nach ersten Schätzungen um 0,8% im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres, wie das Handelsministerium am Montag mitteilte. Es war der erste Anstieg nach drei Quartalen mit negativen Wachstumsraten. Im zweiten Quartal des laufenden Jahres war die Wirtschaft Singapurs noch um 3,2% geschrumpft.

Die Regierung des Stadtstaats revidierte nach den neuesten positiven Wachstumswerten auch ihre dramatische Konjunkturprognose für das Gesamtjahr: Die Wirtschaft werde nicht, wie bisher befürchtet, um 4% bis 6% schrumpfen, sondern voraussichtlich nur um 2% bis 2,5%.

Das gute Ergebnis wurde vor allem im biomedizinischen Sektor sowie im verarbeitenden Gewerbe sowie durch Handel und Tourismus erzielt. Von Juli bis September legte das verarbeitende Gewerbe im Vergleich zum Vorquartal um 35% zu.

Deutsche FDP krebst zurück

«Schrittweise» Steuersenkungen

mbe. Berlin · In den Koalitionsverhandlungen für die neue deutsche Regierung zeichnet sich ab, dass der kleinere Regierungspartner FDP immer mehr von seinen Plänen für eine umfassende und rasche Steuerreform abrücken muss. Am Montag sagten führende Finanzpolitiker aus Union und FDP, man habe sich grundsätzlich darauf geeinigt, dass Steuersenkungen «in mehreren Schritten» erfolgen sollen. Das liegt nahe an der Diktion von CDU-Bundeskanzlerin Angela Merkel, die stets von Steuersenkungen «in zwei Schritten bis 2013» gesprochen hatte.

Der als möglicher Finanzminister gehandelte FDP-Politiker Hermann-Otto Solms räumte am Montag ein, eine Steuerreform könne nicht auf einen Schlag in Kraft gesetzt werden, weil das angesichts der Einnahmeausfälle nicht verantwortbar sei. Schon am Wochenende hatte Solms die finanziellen Vor-

aussetzungen für Steuersenkungen als «äusserst unbefriedigend» bezeichnet. Der Finanzrahmen für die Koalitionsverhandlungen sieht vor, dass die neue Regierung bis 2013 rund 30 Mrd. € einsparen muss, damit ab 2016 dann die in der deutschen Verfassung verankerte Schuldenbremse einigermaßen eingehalten werden kann.

Union und FDP sind sich trotz dem hochdefizitären Staatshaushalt im Grundsatz einig, dass es Steuersenkungen geben soll. Wie hoch sie ausfallen werden und wo sie genau ansetzen, ist noch offen. Zu vermuten ist allerdings, dass die Entlastungen näher an den Vorstellungen der Union (15 Mrd. €) als an jenen der FDP (35 Mrd. €) zu liegen kommen. Zu erwarten sind zudem eher punktuelle Anpassungen als eine grundlegende Reform der Steuersätze und des Steuersystems, wie sie die FDP im Wahlkampf forderte.

Klares Wachstum prognostiziert

mbe. · Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat der deutschen Wirtschaft für das kommende Jahr ein Wachstum von 1,3% vorausgesagt. Damit erwartet das Institut eine klare Rückkehr zu Wachstum, es weist allerdings auch warnend darauf hin, dass die Erholung noch alles andere als stabil sei. So belebe sich das Exportgeschäft nur langsam, und der Aufschwung sei mass-

geblich durch staatliche Hilfsprogramme gestützt. Zudem stelle die stark gestiegene Staatsschuld mittelfristig ein Risiko dar. Die Entwicklung am Arbeitsmarkt wird in der Herbstprognose optimistischer eingeschätzt als in den letzten Monaten; die Zahl der Arbeitslosen soll 2010 auf etwas mehr als 4 Mio. steigen. Das käme einer Arbeitslosenquote von rund 10% gleich.

IN KÜRZE

Simbabwe gibt Nestlé-Konten frei

(ap) · Simbabwe hat offenbar mehrere blockierte Bankkonten des Nahrungsmittelkonzerns Nestlé wieder freigegeben. Mehrere Nestlé-Konten seien am vergangenen Donnerstag vorübergehend blockiert gewesen, sagte ein Konzernsprecher. Nestlé hatte Anfang Monat bekanntgegeben, dass von acht Farmen in Simbabwe keine Milch mehr gekauft werde. Darunter befindet sich eine Farm, die der Frau von Staatspräsident Robert Mugabe gehört.

Luxushotels im Besitz von Katar

(sda) · Das Luxus-Resort auf dem Bürgenstock und die beiden Hotels Royal Savoy in Lausanne und Schweizerhof in Bern kommen vollständig in den Besitz der Monarchie Katar. Die Immobiliengesellschaft Barwa Real Estate Company hat das entsprechende Hotel-Portfolio laut einer Medienmitteilung an die Qatari Diar Real Estate Investment Company transferiert. An der börsenkotierten Barwa hält das Emirat Katar 45%, an Qatari Diar sämtliche Anteile. Zum Transaktionspreis wollte sich ein Firmensprecher nicht äussern. Die Schweizer Hotelprojekte bleiben unter derselben Leitung, firmieren nun aber unter dem neuen Namen Qatari Diar Hotel & Property Swiss Management.

Grünes Licht für Frequenzen-Auktion

cae. Frankfurt · Der Beirat der Bundesnetzagentur, die für die Vergabe von Frequenzen an die Telekomgesellschaften zuständige Behörde in Deutschland, hat am Montag grünes Licht für die geplante Auktion im Frühjahr 2010 gegeben. Der Beirat verspricht sich von der Versteigerung einen besseren Zugang zu schnellem Internet für die ländliche Bevölkerung. Der Beirat hat sich zudem befremdet gezeigt über die Bedenken wegen möglicher Wettbewerbsverzerrungen seitens der EU-Kommission. Für die Beeinflussung seitens der EU bestehe keine Rechtsgrundlage. Details zur geplanten Auktion wie das definitive Auktions-Design will die Bundesnetzagentur am Dienstag bekanntgeben.

ten zuständige Behörde in Deutschland, hat am Montag grünes Licht für die geplante Auktion im Frühjahr 2010 gegeben. Der Beirat verspricht sich von der Versteigerung einen besseren Zugang zu schnellem Internet für die ländliche Bevölkerung. Der Beirat hat sich zudem befremdet gezeigt über die Bedenken wegen möglicher Wettbewerbsverzerrungen seitens der EU-Kommission. Für die Beeinflussung seitens der EU bestehe keine Rechtsgrundlage. Details zur geplanten Auktion wie das definitive Auktions-Design will die Bundesnetzagentur am Dienstag bekanntgeben.

Russland investiert in China

(sda) · Beim Besuch des russischen Ministerpräsidenten Putin in Peking wollen die beiden Länder mehrere Abkommen mit einem Umfang von 5,5 Mrd. \$ treffen. Im Mittelpunkt der Visite steht die Wirtschafts- und Energiekooperation. Eine etwa 100 Mitglieder starke Wirtschaftsdelegation begleitet Putin. Unter den erwarteten mehr als 20 Vereinbarungen sei auch ein Kreditabkommen zwischen der chinesischen Bank für Entwicklung und der russischen Bank für Aussenwirtschaft, berichtete die Moskauer Tageszeitung «Nesawissimaja Gaseta». Auch will Russlands Energiekonzern Gazprom ein Abkommen über die Aufnahme von Gasexporten nach China mit der China National Petroleum Corporation (CNPC) besiegeln, wie die «China Daily» meldet.

Weshalb Black Tie nichts mit schwarzen Krawatten zu tun hat.

Black Tie ist ein Dresscode und meint den Smoking, zu dem man bekanntlich keine Krawatte, sondern eine schwarze Schleife trägt. Ein Gummiband mag praktisch sein, aber der wahre Gentleman bindet seine Schleife selbst. Steht auf Ihrer Einladung hingegen «White Tie», haben Sie eventuell gerade einen Nobelpreis gewonnen: Diesen nimmt man nämlich im Frack gekleidet entgegen.